

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen 12 M. im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen idiosynkratische Postleistungen ein. Unter Preisband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Mittelgebirge sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 9 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die abgezeichnete Wochensatzung über dem Kennen kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochensatzung das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der bayerische Widerstand wächst

Beabsichtigte Scharfmacherei

Soweit sich die Berliner Presse zu der Lage in Bayern äußert, fällt sie einmütig das Urteil, daß sich die Situation in Bayern wesentlich verschärft hat. Ist der äußere Anlaß zu dem wachsenden Widerstand der bayerischen Reaktion die Aufforderung des Reichsministers des Innern, die "München-Augsburger Abendzeitung" zu verbieten und die Ausschreitung der Schußpolizei in Koburg zu untersuchen, so ist der tatsächliche Anlaß doch in dem Wunsche gegeben, sich unter keinen Umständen freiwillig zur Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes bereit zu erklären. In einem Münchener Telegramm des "Berliner Tageblatts" wird ausdrücklich festgestellt, daß die innenpolitische Lage in den letzten 48 Stunden eine neuerliche Verschärfung erfahren hat, die den veröhnlichen Einschlag der Berliner Verhandlungen wieder aufzuheben droht. Diese Verschärfung der Situation ist nicht unbedeutend und läuft im wesentlichen auf eine Beabsichtigung und Läufung im wesentlichen auf eine Scharfmacherei hinaus, die dem Widerstand der bayerischen Regierung gegen jede Einschränkung des Reiches auf die innenpolitischen Zustände des Landes den Raden heißen will.

Noch bedenklicher würde sich die Situation gestalten, wenn die Nachricht zutreffen sollte, daß der bayerische Ministerrat beschlossen hätte, den Belagerungszustand nicht aufzuheben und das Verbot der "München-Augsburger Abendzeitung" nicht auszusprechen. Würde man nach der Sprache der bayerischen Stinnes-Organe urteilen, die unerschrocken den Krieg gegen die Reichsregierung predigen, so müßte man in der Tat mit dem offenen Hochverrat der Rahr und Pöehner und der hinter ihnen stehenden monarchistischen und militaristischen Kreise rechnen.

Sicher ist, daß dieser Zustand nicht lange ertragen werden kann. Am Freitag tritt der Ueberwachungsausschuß des Reichstags zusammen, und bis dahin wird die Entscheidung der Reichsregierung fallen müssen. Wie diese Entscheidung ausfallen muß, darüber kann kein Zweifel sein. Kein Staat kann es sich gefallen lassen, von einer isolierten Clique terrorisiert zu werden, und die deutsche Republik wird sich den südbayerischen Usurpatoren sicher nicht unterwerfen. Wenn die Leute um den Obersten v. Tölgler meinen, daß der Moment zum Losschlagen für sie günstig sei, so werden sie sich irren. Wir jedenfalls scheuen den Konflikt, wenn er sich nicht vermeiden läßt, keineswegs.

Ob er vermieden werden wird, hängt zunächst von den Parteien ab, die die Regierung Rahr bis jetzt unterstützt haben. Die bayerischen "Demokraten", die in dieser Regierung vertreten sind, haben erklärt, daß in der Frage des Ausnahmezustandes und der Reichsverordnung ein Ausweg gefunden werden müsse. Auch Bauernbund und Bayerische Volkspartei vertreten angeblich diesen Standpunkt. Es ist für uns selbstverständlich, daß dieser Ausgleich

nur darin gefunden werden kann, daß den Anordnungen der Reichsregierung auch in Bayern Folge geleistet und der militaristisch-nationalistischen Verschwörung ein radikales Ende bereitet wird.

Wir erwarten, daß die Reichsregierung sich von den großen Worten und Drohungen der Münchener Clique nicht im geringsten beirren lassen wird. Der Kampf für die Republik ist halb gewonnen, wenn die Reichsregierung fest bleibt. Die Arbeiterschaft hält sich bereit. Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften haben beraten und ihre Beschlüsse gefaßt. Die bayerische Arbeiterschaft steht geschlossen gegen die Rahr-Regierung und ist der Unterstützung der Gesamtarbeiterschaft sicher. Es gibt politische und wirtschaftliche Druckmittel, die ausreichen, um den hochverräterischen Widerstand gegen das Reich zu brechen. Die bayerische Regierung ist gewarnt. Wenn die bayerischen Parteien, die bis jetzt die Regierung Rahr gestützt haben, nicht völlig in der Hand der militaristischen und gegenrevolutionären Verschwörer sind, dann werden sie diese Warnung beherzigen.

Der "Miesbacher" erscheint wieder!

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 6. September.

Der "Miesbacher Anzeiger" hat das auf Grund der Reichsverordnung vom 29. August gegen ihn erlassene Verbot umgangen und erscheint ab heute unter dem Titel "Miesbacher Tageblatt". Es ist klar erkennbar, daß es sich um das gleiche Blatt handelt wie der verbotene "Miesbacher Anzeiger". Es wird auch in der gleichen Druckerei hergestellt und enthält sämtliche amtliche Anzeigen ebenso wie der "Miesbacher Anzeiger". Nur der verantwortliche Redakteur und Verleger sind durch Strohmänner ersetzt.

Als der unabhängige "Kampf" in München verboten war, wurde der Versuch, ihn durch Herausgabe der Münchener "Morgenpost" zu ersetzen, von der Polizei unterdrückt mit der Begründung, daß es sich hier um eine Fortsetzung des verbotenen "Kampf" handele. Es ist kaum zweifelhaft, daß die bayerische Regierung wegen des Ersatzblattes des "Miesbacher Anzeigers" nicht das gleiche Verfahren anwendet wie gegen das Ersatzblatt des unabhängigen "Kampf", obwohl es in der Reichsverordnung vom 29. August ausdrücklich heißt, daß sich das Verbot auch auf jede angeblich neue periodische Druckchrift erstreckt, die sich als alte darstellt.

Die "München-Augsburger Abendzeitung" erscheint trotz der Aufforderung des Reichsministers des Innern an die bayerische Regierung, das Blatt zu verbieten, auch heute wieder mit legerlichem Inhalt gegen die Reichsregierung. U. a. wird gesagt: "Man müsse in Bayern das bayerische Bestium vor den durch die Linksextremisten Berlin zweifellos drohenden Angriffen retten."

Die unabhängige Münchener "Morgenpost" ist immer noch auf Grund des bayerischen Ausnahmezustandes verboten.

giftigsten Verleumdungspropaganda gegen die Republik gewetteifert. Das erste, was sie jetzt tut, ist Scharfmacherei gegen links. Danach und nicht nach dem listigen Bekenntnis zur Verfassung muß man diese Partei beurteilen!

Paul Reishaus gestorben

Erfurt, 6. September.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Reishaus, Vertreter des Wahlkreises Thüringen, ist gestern morgen in Schwarzburg infolge eines Schlaganfalls gestorben.

Mit Reishaus ist wieder einer der alten, um die Arbeiterklasse sehr verdienten Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie dahingegangen. Reishaus, der am 29. Dezember 1855 geboren wurde, war von 1874 ab Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Unter dem Sozialistengesetz wurde er aus Berlin ausgewiesen, später hat er jahrzehntelang für die Partei in Thüringen gewirkt. Auch gewerkschaftlich hat er sich betätigt. Unter dem Sozialistengesetz war er Mitbegründer des Schneiderverbandes und von 1888 bis 1892 Geschäftsführer der Organisation. Dem Reichstags gehörte er mit Ausnahme der Zeit von 1907-1912 seit 1893 an. Wenngleich Reishaus vor der Spaltung der Sozialdemokratie zu den Gegnern der Kreditbewilligung gehörte, so konnte er sich doch bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft nicht entschließen, ihr beizutreten. Er blieb in der alten Partei. Das hinderte ihn aber nicht, der Unabhängigen Partei stets sachlich gegenüberzustehen, in deren Reihen deshalb das Ableben des bis an sein Ende schlichten Kämpfers stets in Ehren gehalten werden wird.

Das wahre Gesicht

Deutschvölkische Scharfmachereien gegen links

Die Deutsche Volkspartei versichert jetzt ununterbrochen, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehe, gegen die sie aber selbst gestimmt hat. Genau so haben nach dem 1. November die Deutschnationalen sich "auf den Boden der Tatsachen" gestellt. Welche Bedeutung diesen Phrasen zukommt, beweist aber ihr tatsächliches Verhalten. In einer Sitzung der Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtags der Deutschen Volkspartei wurde beschlossen, eine Interpellation über die Ausführung der Verfassung durch den Reichspräsidenten einzubringen. Welchen Zweck dieses parlamentarische Vorgehen verfolgt, erhellt sehr deutlich daraus, daß in dieser Sitzung ausschließlich gegen links Stellung genommen wurde. Es wurde die Anwendung der erlassenen Ausnahmebestimmungen gegen die radikale Linke und gegen jede Regierung nichtverfassungsmäßiger Organe gefordert. Das ist die Form, mit der die Hege gegen die außerordentlich notwendige und unerlässliche Betätigung der Gewerkschaften gefordert wird. Es wurde dann über angeblichen Terror der Linken gesprochen, der wirkliche Terror der rechts entging jeder Beurteilung. Die Partei forderte sofortige Abhilfe gegen den Terror der Straße, demgegenüber die Polizeigewalt häufig völlig versage. Dann aber übernahm sich die Partei aufs Schärfste gegen die "sozialdemokratische Unterdrückung würdiger Feiern nationaler Gedenktage".

Das Ganze stellt sich als ein Liebesdienst für die Deutschnationalen dar. Die Deutsche Volkspartei hat nie gegen die Nordhege, gegen das unsagbare Treiben der nationalistischen Verschwörer ein Wort gefunden, im Gegenteil, ihre Presse hat mit den Deutschnationalen in der

Die Gewaltherrschaft im Freistaat Danzig

Aus Danzig wird uns geschrieben: Durch eine furchtbare Hege gegen Polen war es dem Bürgertum im Mai v. J. bei den Wahlen zur Konstituante der Freien Stadt Danzig gelungen, eine bürgerliche Mehrheit im Parlament mit stark alldemischem Einschlag herbeizuführen. Die Mehrheit benutzte fortwährend ihre Macht gegen die Arbeiterschaft. Sie benutzte ihre Macht, um Futtertruppen für ihre Parteianhänger zu schaffen und politische Gegner aus Beamtenstellen zu beseitigen. Die hauptamtlichen Senatoren wurden auf Lebenszeit gewählt. Sie waren für ihre Handlungen dem Parlament nicht verantwortlich. Sie ließen sich von der bürgerlichen Volkslagsmehrheit trotz der großen Finanznöte der Stadt große Schiebergelder bewilligen. Der Völkerbund hat zwar die Amtsdauer der hauptamtlichen Regierungsmitglieder bedeutend gekürzt, aber die bürgerliche Mehrheit des Parlaments hatte ja ihnen bereits vorher eine zwölfjährige Amtsdauer und darüber hinaus Pensionsansprüche durch Gesetz zugebilligt, welche Bestimmungen vom Völkerbund nicht direkt beanstandet worden sind.

Die Steuerlasten wurden auf die breiten Massen des Volkes gelegt, die in Deutschland gültigen Besteuerungen, wie Rotopfer, Kapitalertragssteuer, in der Freien Stadt außer Kraft gesetzt. Trotz einstimmigem Beschluß des Parlaments, die Spielhölle in Jopopt aufzulösen, ist die Regierung diesem Erluchen nicht nachgekommen, vielmehr haben sich jetzt die Kreise und Gemeinden zusammengeschlossen, um aus dieser Kasse gemeinsam zu schöpfen. Die Zwangsbewirtschaftung wurde aufgehoben und mit Unterstützung des Senats die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verschlechtert. Die Regierung beeinflusste das Unternehmertum, die Arbeiterlöhne recht niedrig zu halten, und geht selbst mit Hungerlöhnen voran. Trotzdem sich das Stärkeverhältnis der Parteien wesentlich verschoben hat — die Alldemischen können auf keinen Fall ihren Bestand erhalten — löste sich die Konstituante nicht auf, sondern die bürgerlichen Parteien retteten ihre Mandate, indem sie die Konstituante als ersten Volkstag erklärten mit einer Wahl-dauer bis zum Ablauf des Jahres 1923.

Um die Beamten gefügiger gegen die Arbeiterschaft zu machen, ließen sich die Behörden sogar von Bestechungen mit hohen Gehaltszulagen nicht abschrecken. So wurde die Arbeiterschaft fortwährend belastet und ihrer politischen Rechte beraubt. Als die Danziger Arbeiterschaft gegen die Maßnahmen des Senats und des Bürgertums energisch protestieren wollte, verbot der Senat diese Kundgebungen und beraubte somit die Arbeiterschaft des ihr nach der Verfassung zustehenden Rechtes der Versammlungsfreiheit. Als dann die Danziger Arbeiterschaft zum Protest einen einseitigen Generalstreik durchführte, wurden nicht nur die Führer der Danziger Arbeiterschaft durch den Senat aufs äußerste beschimpft und als Verbrecher bezeichnet, sondern man bot auch große Polizeimassen gegen die Arbeiterschaft auf und veranlaßte die Unternehmer zur Aussperrung aller am Generalstreik beteiligten Arbeiter.

Verfassungsbrüche sind beim Senat an der Tagesordnung. Ein Verfassungsbruch war die Ausweisung des Kommunisten Wegmann, wobei der Senat den Beamten die Genehmigung zur Aussage vor dem auf Grund der Verfassung eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuß verweigerte. Einen Verfassungsbruch stellte die Uebernahme der Geschäfte der Stadt Danzig durch den Senat dar, die erfolgte zur Beseitigung des Einflusses der Arbeitervertreter aus der Verwaltung der größten Freistaatskommunen, ohne daß die hierfür notwendigen gesetzlichen Bestimmungen vorhanden waren.

Ein Verfassungsbruch ist auch die jetzt, ohne Anhörung des Parlaments, vom Senat erlassene Verordnung über die Getreidebewirtschaftung für das Wirtschaftsjahr 1921/22, wonach die Zwangsbewirtschaftung trotz des in der Freien Stadt Danzig herrschenden Lebensmittelnot durchlöchert und die Getreidepreise um 60-80 Prozent erhöht wurden. Die Verfassung der Freien Stadt kennt kein Recht der Regierung auf Erlaß von Verordnungen, sondern sie besagt, daß alle Maßnahmen nur auf dem Gesetzeswege zu erledigen sind.

Einen Verfassungsbruch bedeuten auch die, mit Wissen und Willen des Senates in der Freien Stadt bestehenden militärischen Geheimorganisationen, die in vollständiger Führung mit der deutschen Reichswehr und mit monarchistischen deutschen Kreisen stehen. In der Freien Stadt besteht ein geheimes deutsches Wehrkreis-kommando la (Wehrkreis-kommando I in Ostpreußen). Leiter all der bestehenden Geheimorganisationen sind höhere Freistaatsbeamte und die leitenden Beamten des von der deutschen Regierung unterhaltenen ostdeutschen Heimatdienstes in Danzig, wie es das Bestreben der Freistaatregierung ist, in allen Fragen auf eine Verbindung mit Deutschland — und zwar des monarchistischen Deutschlands — hinzuweisen.

Weiter ist die Verwendung deutscher Sipo an Generalsstreiktagen, wie dies von den Sozialisten und Kommunisten im Parlament behauptet wurde, ein Verfassungsbruch.

Den größten Verfassungs- und Rechtsbruch bedeutet aber die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Rahn und Schmidt, die ohne jede rechtliche Grundlage erfolgte. Das arbeiterfeindliche Wüten der bürgerlichen Parteien im Parlament rief als Folgeerscheinung einen starken Kampf der äußersten Linkspartei, der Kommunisten, hervor, der oftmals in Kadaw ausartete. Es lag aber durchaus keine Veranlassung vor, diese beiden Volksvertreter zu verhaften. Die Vorgänge im Parlament zeigten, daß die Regierung mit der Verhaftung der beiden Abgeordneten ein abgekartetes Spiel getrieben hat. Denn wenige Minuten nach der erfolgten Verhaftung versuchte die Regierung im Parlament eine längere Erklärung zu verlesen, ein Zeichen, daß diese Erklärung bereits schon vor dem Beginn der Sitzung und vor den Ereignissen des Tages ausgearbeitet worden war. Die Verhaftung erfolgte gegen den Willen der drei Volkstagspräsidenten. Die verhafteten Abgeordneten befinden sich heute noch in Untersuchungshaft. Will man nicht einen flagranten Rechtsbruch herbeiführen — bei der Justiz der Freien Stadt Danzig ist aber alles möglich —, so wird eine Verurteilung der beiden Abgeordneten nicht erfolgen können.

Alle diese Ereignisse hätten nicht vor sich gehen können, wenn wir anstatt einer Beamtenregierung eine rein parlamentarische Regierung in der Freien Stadt haben würden. Es wird Aufgabe des Völkerbundes sein, die Verfassung der Freien Stadt Danzig dementsprechend zu revidieren, wie auch die Rechte der politischen Minderheiten zu schützen. Es ist höchste Zeit, daß der Völkerbund dem gemeingefährlichen Treiben der Danziger Regierung entgegentritt.

Die Auflösung des Danziger Volkstages ist dringlichste Notwendigkeit. Einen dementsprechenden sozialistischen Antrag haben die bürgerlichen Parteien im Volkstage abgelehnt, weil sie sich ihre Mandate noch weiter sichern wollen. Eine gewaltige Verschiebung innerhalb der Parteien ist eingetreten. Die bürgerlichen Parteien haben stark an Anhang eingebüßt, dementsprechend hat auch die Regierung der Freien Stadt nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Auch hier wird es Aufgabe des Völkerbundes sein, eine Neuwahl des Volkstages herbeizuführen, um ein Parlament zustande zu bringen, das wirklich das Spiegelbild der Bevölkerung der Freien Stadt darstellt. Der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig hat bisher nichts getan, um dem skrupellosen Wirtschaften und dem arbeiterfeindlichen Handeln des Senats entgegenzutreten.

Agrarischer Hungerterror

In allen Ländern unternehmen die Agrarier die gleichen Versuche, die Hungerdiktatur über die Konsumenten aufzurichten. Unser Bodenbacher Bruderblatt ist in der Lage, ein Rundschreiben der dortigen Bezirksleitung des Bundes der Landwirte abzugeben, aus dem wir die folgende Stelle wörtlich wiedergeben wollen:

Bezirksleitung des Bundes der Landwirte.

Niederbarnsdorf, 28. August 1921.

An alle Lokalorganisationen!

Im Zusammenhang mit der stattgefundenen Bezirkskonferenz ist nachstehendes allen Mitgliedern einzuschärfen:

Den Parteimitgliedern ist nahezu legen, nach Tunlichkeit mit dem Getreidehändler zuzuwarten, weil es demselben vorzuziehen erscheint, das Getreide möglichst im Stroh zurückzubehalten, zumindestens aber das gedroschene Getreide, um nicht durch Massenverkauf jetzt zu Beginn des Herbstes preisdrückend zu wirken.

Auf alle Fälle wird aber vor übereilten Frühverkäufen gewarnt. Ein jeder möge das übrige Getreide der Lagerhaus-Genossenschaft verkaufen, um sich dadurch selbst zu helfen. . . .

Mit deutschem Parteigruß:
Der Geschäftsleiter: A. Gieseler m. p.
Der Bezirksvertrauensmann: A. Böhm m. p.

Mit deutschem Parteigruß unterzeichnen sie ein Schriftstück, in dem sie dazu auffordern, ihre deutschen

Vollgenossen in den Städten und Industriedörfern auszuhungern. Kann die Schamlosigkeit noch weiter getrieben werden? Es ist kein Stübchen Mehl da, die Brotquote kann nicht geliefert werden, der Haushalt der Arbeiter ist ohne Brot und Mehl, und der Bund der Landwirte fordert „mit deutschem Parteigruß“ seine Mitglieder auf, nichts abzuliefern, um den Preis hinaufzutreiben. Und diese Gesellschaft wagt es, von „Bucherjuden“ zu reden?

Selbstverständlich ist den Herren aber nicht nur das Getreide zu billig, sondern auch das Vieh, und so schreien sie gleichzeitig nach der Dehnung der Grenzen für die Viehhausfuhr. Einer ihrer ersten Leute, Herr Hilmer-Brünn, begründete diese Forderung anlässlich der in Neutittschin stattgefundenen Genossenschaftstagung in seinem Rezerate folgendermaßen:

„Heute bewirkt die Grenzperre, daß wir hier nach Angliederung der Slowakei in Milch, Fleisch und Getreide erstickten, während jenseits der Grenzen trotz hoher Preise Not herrscht.“

Die Agrarier erstickten in Lebensmitteln. Die Arbeiter verspüren von diesem Ueberfluß nicht viel. Tausende und aber Tausende leiden heute die bitterste Not, da sie nicht die nötigen Mittel besitzen, um die horrenden Lebensmittelpreise zu bezahlen. Dies schert die Agrarier wenig. Ihre „vornehmste“ Forderung ist die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, obwohl dann die Preise weiter gewaltig steigen und die Massen dem völligen Hungertode ausgeliefert wären.

Das Strafrecht der Republik

Justizrat Werthauer beschäftigt sich in einem Artikel im „Vorwärts“ mit der Frage der Maßnahmen auf dem Gebiete des Strafrechts, die angesichts der durch den Nord- und Ostpreußen geschaffenen Lage notwendig erscheinen. Er stellt fest, daß Ostpreußen ein Opfer der Uebelstände ist, die seit Jahrzehnten zum Schaden Deutschlands in der Rechtspflege bestehen. Republikanische Staatsmänner seien in Deutschland jetzt fast schußlos, weil im Kampf gegen die Verleumdung die Gesetzgebung unzureichend sei und die Rechtspflege verlagert habe. Werthauer legt das im besonderen dar an dem von Helfferich veranlassenen Prozeß an dem Urteil gegen Ostpreußen, das unrichtig sei, aber gegen Ostpreußen ausgesprochen wurde, weil diese Unrichtigkeit erst sehr viel später festgestellt werden konnte. Er folgert aus alledem:

„Durch die Benutzung der Verhandlung und des Urteils wurde gegen Ostpreußen die Stimmung hervorgerufen, welche die sittlichen Hemmungen selbst der monarchistischen Verbrechen im Volke selbst lähmen. Die Art der Verurteilung im Falle Hirschfeld, das Urteil im Falle des deutschen Prinzen, welcher einen Fremden körperlich verletzt hatte, die Nichtbestrafung von über 200 militärischen Mördern und Rapp-Verbrechern, haben den Mut der Mörderzentralen so gestärkt, daß sie die freihändlerischen Volksführer strafflos zu befehligen hoffen konnten.“

Darum fordere, fährt Werthauer fort, die Volkmeinung mit Recht, daß die Art an die Wurzel dieser Uebelstände gelegt werde. Die nächstliegenden Forderungen seien folgende:

1. Die Unabsehbarkeit der Richter muß in Wegfall kommen. Sie sollte eine autoritative Kabinettsjustiz möglichst verhindern. Gegenüber einer Volksregierung ist sie ohne jede Grundlage und gereicht zum schweren Schaden.
2. Der Richter ist entweder Volksbeauftragter oder Beamter und muß daher entweder durch die Volksvertretung oder gemäß der Beamtengesetzgebung absetzbar sein. Man könnte verlangen, daß der Richter überhaupt mit der Politik sich nicht beschäftigen soll. Solange aber die Gesetzgebung einen antilegalistischen Abgeordneten als unparteilichen Richter erachtet, solange muß von der Fiktion ausgegangen werden, daß politische Tätigkeit die Unparteilichkeit nicht beeinträchtigt. Diese Fiktion muß aber den Richter als neutralen Volksbeauftragten anerkennen, der vom Volk ernannt und abgesetzt wird, oder der Richter ist Beamter und dem Beamtenrecht unterworfen.

Ferner sieht Werthauer einen Uebelstand darin, daß die Spruchrichter auch für die größte Fahrlässigkeit nicht haften. In einem Urteilprozeß verurteilt ein Zivilgericht den Widerspruch gegen einen Urteil, indem es aus beigefügten

Strafakten die Angeklagten verurteilt, obwohl klar auf das Erforderliche hingewiesen war.“

Derartige Vorfälle, die durch nichts sofort korrigiert und für die der Richter nicht verantwortlich ist, führt Werthauer mehrfach an. Man bedenke, wie schwer es ist, hier die Grenzen zu finden, wo Fahrlässigkeit aufhört und böswillige Absicht beginnt. Hier fordert Werthauer sofortige Abhilfe durch ein einfaches Gesetz.

Sodann weist er auf die Schäden des Reservistenantritts hin und fordert deren Beseitigung. Neben einigen kleineren Reformen fordert auch Werthauer zum Schluß das Gesetz zum Schutze der Republik. Die Republik sei schutzlos, denn die Hochverratsbestimmungen gelten nicht für sie, weil die Bestimmungen auf die Monarchie zugeschnitten sind. Der Verfasser schreibt:

„Die junge Republik muß wirksam durch das Strafrecht so wie früher die monarchische Staatsform geschützt werden. Es muß bestimmt werden: Jedes Unternehmen, die Republik durch öffentliche Verächtlichmachung zu gefährden, wird mit Freiheitsstrafe bestraft, insbesondere der verdeckte Erwerb von Zeitungen zu diesem Zweck.“

Werthauer betont, daß er sich in seinen Forderungen und Vorschlägen auf das Allernotwendigste beschränkt habe. Das meinen wir auch, aber im Ziel sind wir mit ihm ganz einverstanden. Ähnliche Forderungen haben wir selbst schon erhoben. Nur ist es notwendig, daß schnell gearbeitet wird.

Gründung eines Erzbergbundes

Nachdem vor kurzem von der führenden Zentrumspresse angeregt worden war, einen Erzbergbund zu gründen, ist am Freitag nach einer Redung der „Telamon“ in Jersohn die Gründung eines solchen Bundes erfolgt, dem Adam Miller, Stadtorbeter, Arbeiterführer, Beamte, Angestellte und Gewerbetreibende angehören. Der Erzbergbund ist eine Kampforganisation gegen Rechts und hat gleichzeitig den Zweck, die Politik des Zentrums in der Richtung einer gesunden Demokratie im Sinne Erzbergers zu beeinflussen.

Weitere Verhaftungen in London

London, 5. September.

Wie die Blätter melden, wurden heute sechs weitere Stadtverordnete von Poplar, darunter 5 Frauen, verhaftet. Die Zahl der in Haft befindlichen Mitglieder des Stadtrats von Poplar, der Vorstadt Londons, die sich weigert, in Poplar Steuern zu erheben, beträgt jetzt 27. Vor der Verhaftung der 5 weiblichen Stadtverordneten fand im Rathaus von Poplar eine Massenversammlung statt, bei der aufreizende (?) Reden gehalten wurden.

Internationaler Buchdruckerkongress in Wien

Wien, 5. September.

Heute vormittag wurde der achte Internationale Buchdruckerkongress eröffnet, an dem Delegierte fast aller europäischen Staaten teilnehmen.

Der Krieg in Kleinasien

Die türkische Niederlage am Salaria

EG. Paris, 6. September.

Der „Matin“ meldet aus Konstantinopel, daß die Türken ihre Niederlage am Salaria zugegeben. Sie erklären selbst, daß die Kämpfe an diesem Fluß eine Wendung zugunsten der Griechen nahmen. Doch ziehen sich die kemalistischen Truppen in vollkommener Ordnung auf ihre zweite Verteidigungslinie auf den Höhen des Chelidagh, Charbagh und des Ardijbagh zurück. Es werden neue Kämpfe nötig sein, den Griechen den Endsieg zu sichern.

Textilarbeiterstreik im französischen Moselgebiet. Nach einer Habs-Meldung aus Remiremont sind 3000 Textilarbeiter im Tal der Mosel und Moselotte in den Ausstand getreten. Sie verlangen Respektierung der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschlossenen Abmachungen und Wiederherstellung der 15prozentigen Feuerungszulagen. Die Bewegung droht, sich weiter auszudehnen.

Der Film am Dienstag

Bevormundung!

Vom „Mann ohne Namen“ bis zum „Roman eines Dienstmädchens“ hat Robert Liebmann eine lange Strecke zurückgelegt. Dort noch ein unsicheres Tasten, wobei zahlreiche Mißgriffe unvermeidlich waren, hier schon ein klares System. Handlung ist Gefühl, nicht Inhalt. Er bemüht sich deshalb gar nicht, sie problematisch zu vertiefen, läßt sie unkompliziert, wie sie nun einmal ist, und sieht zu, was er an kurzweiligen Einfällen im Gefäß unterbringen kann.

Ein Landmädchen kommt nach Berlin und findet Stellung im Haus eines Barons. Bei der Gemilsefrau sieht sie auf deren unehelichen Sohn, der als Kellner eines Luxushotels Gelegenheitsarbeit hat, der „seinen Gesellschaft“ von ihren Künften mehr abzulaulen, als unbedingt nötig ist, um das Vertrauen naiver Geschöpfe aus der unteren Volksschicht zu mißbrauchen. Das Dienstmädchen erliegt, die Folgen machen sich bemerkbar. Aber die Moral der vornehmen Welt tritt auch noch von anderer Seite an sie heran. Der Sohn des Barons entwendet seiner Mutter einen Brillantschmuck, um ihn in Weindleien zu veräußern. So eine Dienstmagd erscheint ihm gerade gut genug, des Diebstahls beschuldig zu werden. In ihrer Hilflosigkeit unternimmt sie einen Selbstmordversuch, schließlich klärt sich der Sachverhalt auf, und ein aller Diener holt sie sich aus der Pestluft heim.

Das alles ist gewiß nichts Aufregendes, und die gottbehütete „Alexarischen“ Filmdramaturgen würden es als Hintertreppe ablehnen. Was es im Grunde auch ist, obwohl auch die Vordertreppe mit hochherrschaftlichem Eingang nicht fehlt. Der Stoff wird aber in Liebmanns Händen nur Mittel zu dem Zweck, aus jeder Situation irgend etwas Film mäßig herauszuholen, schon abgesehen vom Mißgefühl und der Liebe, womit er die Reinheit des einfachen Mädchens gegen eine überhöhlte Verfassung absetzen läßt. Sentimentalitäten und ähnliche Klippen, wodurch solche Themen oft ein unerwünschtes Gesicht bewirken, kommen bei Liebmann gar nicht erst zum Vorschein. Er hat einen so ausgeprägten Sinn für gelunden Humor, daß er an drenzlichen Stellen rechtzeitig einhakt und durch bewußt aufgenommene Komik eine befreiende Heiterkeit im Zuschauer auslöst. So zum Beispiel im „Schwoof“, wo das Dienstmädchen zum Tanzen erzwungen ist: Etwas jemand ihre Ungeschicklichkeit vielleicht lächerlich finden möchte, wird man abgelenkt, indem ein Penner aus den Reihen der Tanzenden gezogen und darauf hingewiesen wird, daß Sonntags „Kragenzwang“ ist. Oder wenn der uneheliche Kellner seinem sich einfindenden Vater auf die Frage „Was wollen Sie?“ lächelnd erwidert: „Papa, kannst Du zu mir sagen!“ Kurz: der Film ist wärmstens zu empfehlen, aber

Aber dieser Film ist verboten worden! Ein bekannter — fragt mich nur nicht, wie — Schriftsteller hat Anstoß daran genommen, daß, wie es im Verbot heißt: „alle tragischen Akzente der Handlung willkürlich mit Szenen tomischen und drastischen Inhalts durchsetzt“ sind. Alle! Hat dieser Schriftsteller vielleicht bei dem „Agent“, wo man den Schrank des Mädchens nach der Brillantschmuck durchsuchen will und sie sich mit allen Kräften dagegen wehrt und lieber jede Verdächtigung über sich ergehen, als daß sie Einbild tun läßt in das Fach, wo die Hemden für ihr zu erwartendes Kind aufbewahrt liegen — hat er bei diesem „Agent“ gelacht? Hat er für diese Offenbarung eines echten Schamgefühls, das den edlen Baronsleuten genau so wie ihm abgeht, so wenig Verständnis, daß er es tomisch findet? Doch es steht ihm ja noch viel mehr an! „Das tragische Schicksal des Mädchens ist mit einer derart bedachten Sinnlosigkeit und Glaubhaftigkeit geschildert, daß die Wirkung nicht etwa erschütternd, sondern in hohem Maße peinlich und quälend ist.“ Ja, warum schildert man so etwas auch mit einer Glaubhaftigkeit! Warum nimmt man sich nicht ein Muster an der „Scheidungsreise“! Die ist zweifellos mit einer Verlogenheit geschildert, und der himmlische Vater ernährt den Leo Walter Stein doch! Was in hohem Maße peinlich und quälend ist! Die glaubhafte Schilderung der Dienstmädchensdramatik aber könnte die öffentliche Sittlichkeit untergraben, natürlich die Sittlichkeit der Barone, nicht etwa der Dienstmädchen, denn diese würden doch gewarnt werden, mit Baronen in Berührung zu kommen! Ferner erregt bei unserem Schriftsteller Anstoß, daß die Zwischentitel „in Berliner Mundart“ gehalten sind. Man müßte daraus schließen, daß es Berliner Verwerflichkeit ist, der das Mädchen zum Opfer fällt.“ Wie sollte unser Schriftsteller solchen Schimpf auf Berlin sitzen lassen! Da weiß er es besser, daß Berlin keine Mädchenopfer fordert, denn er war doch, der dieser Stadt beigebracht hat, heisse Konflikte nicht erst zur Tagil gedeihen zu lassen, sondern nicht zu weinen, wenn man auseinandergeht.

Auf die Wirkung seines Einpruchs aufmerksam gemacht, sagte unser Schriftsteller, er würde keinen Anstoß genommen haben, wenn er gewußt hätte, daß sein Anstoß zu einem Verbot des Films führen würde. Ein Verbot hat bekanntlich die materielle Schädigung der Firma zur Folge — und wofür wäre Herr Stein verantwortlich, wenn nicht für die Sicherheit des — Kapitals! Die „öffentliche Sittlichkeit“ aber überläßt diesen Herrn gern den preußischen Generalstäben, wo solche „Verantwortlichen“ hingehören, und gelobt ihm — seiner Lehre gehörend — keine Träne nachzuschicken: Warum denn weinen, wenn man auseinandergeht. Wasio Koffler

Filmschau

Graulige Nächte. Man schiebt einer Mutter an Stelle ihres achtjährigen Knaben einen achtzehnjährigen Plütaner unter. Ein Glüd, daß die Mutter nie auf den Gedanken verfällt, ihr Kind zu haben! Um Gotteswillen würde Palenberg auf-

schreiben. Der Autor Carl Mayer hat sich mit „Callhart“, „Brandherd“ und „Scherden“ — wie man auch zu der Richtung stehen mag — so große Verdienste um den Film erworben, daß ich es mir vorläufig noch verneinen will, seine granige Entgleisung in ihre lächerlichen Bestandteile zu zerlegen. Vielleicht mußte er diesmal einem bestimmten Geschmack Zugeständnisse machen und verließ sich — da er kein Mann von Komoromisch ist — so schwächlich. Jener inbentiert gerade einen neuen Film von ihm. Bis zu dessen Vorführung sei dem Carl Mayer Bewährungsfrist gegeben!

Mit Bäche und Spaten (im A. T. Kurzstündendamm). Ein amerikanischer Film. Ansehend von der billigeren Sorte und doch noch amüßig genug. Sein leichter, unaufdringlicher Humor glättet die Stirnaltien, die uns der deutsche Dugendfilm gräbt, in dem man vor lauter Logik — purgelbäumen den papierenen Wald leben kann. — Als weitere Darbietung bescheidet uns das Programm einen vaterländischen Film „Im Kampf um die Heimat“. Da werden und plündern die Polen in deutschen Schriftstellerbüchsen, wie einstens die Franzosen in deutschen Redaktionen „Fliegerbomben auf Nürnberg“ abwarfen. Wenn man für Oberstleuten sammelt, ist man da auf die Hülse von Verlegungen angewiesen, denen es doch letzten Endes zuzuschreiben ist, daß überhaupt gesammelt werden muß?

Die Verbrecher-G. m. d. H. (im Marmorhaus). „Ein Spiel in Sensationen“ nennt sich das. Manfred Koa hat bis jetzt eine Anzahl von Filmen inszeniert, die so wenig abwechslungsreich waren, daß ich alle miteinander verwechselte. Aber so geben sich harmlos, man dürfte sie daher ohne viel Klamauk passieren lassen. Nun kommt er uns plötzlich sensationell. Das heißt: Wenn ein Strich an einer Hausmauer hängt, so wird ohne Zweifel jemand dran hochklettern. Wenn wir ein Meer sehen, so dürfen wir schwören, daß jemand drüber hampeln wird. Wenn Hans Albers im Galopp herantastet, so können wir Gift drauf nehmen, daß eine Bahnrampe dicht vor seinem Fuß niederfallen wird. Und schon zeigt man uns in einem besonderen Bildchen einen laufenden Eisenbahnzug, dann wieder die Bahnrampe mit dem über sie hinweggaloppierenden Albers, dann wieder einen laufenden Eisenbahnzug — ohne uns klarzumachen, in welcher Beziehung eigentlich der Sprung von Albers zur Eisenbahn steht. So erübrigt sich, auf den Film näher einzugehen. Er ist in Mannskrip und Regie von einer Albernheit und Unscholtheit, bis strafbar sein müßten. D. K.

Meisterwoche. Die deutschen Kinos lassen etwa anderthalb Millionen Menschen. Eine Million hat wahrscheinlich auch den Multiplizieren wir diese Zahl mit sieben, so haben wir die Zuschauermenge, deren größter Teil von der Meisterwoche mit den jeweiligen Ereignissen aus aller Welt gepöbelt wird. Was von diesen Ereignissen trägt sich nun gerade in der deutschen Republik zu? „Fahrtstrecke des Sieges bei Tannenberg“. Das ist erklärlich! Die Folgen dieses Sieges sowie der endlosen Reihe ähnlicher Siege haben uns eine so überaus feierliche Atmosphäre geschaffen, daß wir unsere Feiertimmung dankbar an eben jenen Siegen als dem Ursprung all unserer

Einbruch der ungarischen Banden in Niederösterreich

Wien, 5. September.

Am 1. Sept. wird gemeldet: Nachdem schon in den letzten Tagen wiederholt ungarische bewaffnete Banden auf österreichischem Boden erschienen waren, hat heute früh 5 Uhr eine ungarische Abteilung von 200 Mann, bestehend aus regulärem Militär und verstärkt durch Banden, die niederösterreichische Grenze überschritten und Kirchschwanen angegriffen. Die Gendarmerieabteilung von Pilgersdorf, Gerersdorf und Weidenbrunn wurde wegen der Uebermacht zurückgenommen. Zwei Reichswehr-Kompanien, die dort zur Sicherung der Landesgrenze aufgestellt waren, mußten nach mehrstündigem Kampf sich zurückziehen. Zwei Tote, 20 Verwundete, davon drei schwer verletzt, wurden an österreichischen Verlusten gemeldet. Verstärkungen der Reichswehr und der Gendarmerie sind von Wiener-Neustadt mit Lastkraftwagen und Sonderzügen nach dem Kampfgebiet gebracht worden. Die Bevölkerung von Kirchschwanen und Weidenbrunn flüchtet in kleinen Haufen nach Wiener-Neustadt. Die ungarischen Truppen sind hiermit auf österreichischen Boden eingedrungen, ohne daß die Reichswehr die niederösterreichische Grenze überschritten hat. Dazu schreibt die Staatskorrespondenz: Dieses unerhörte Ereignis bietet die kaum mehr zu überbietende Steigerung der völkerrechtswidrigen ungarischen Aktion gegen die Durchführung des Friedensvertrages. Sie bietet der Bundesregierung den Anlaß, sich an die Bevölkerung mit der Versicherung zu wenden, daß sie keine diplomatischen oder sonstigen Mittel unversucht lassen wird, um das christliche Recht wiederherzustellen und die unversöhnlichen Ansprüche Oesterreichs auf das Burgenland trotz Widerstandes durchzusetzen.

Die ungarische Ränkepolitik

Die Wiener Politische Korrespondenz schreibt: Der ungarische Gesandte hat heute dem Bundeskanzler eine Note überreicht, in der die ungarische Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, die bisher noch nicht geräumte Zone B. des westungarischen Anschließungsgebietes formell der österreichischen Regierung, bzw. der Entente-Kommission in Oedenburg zu übergeben und die auf den Friedensverträgen von St. Germain und Trianon beruhende Souveränität Oesterreichs über dieses Gebiet anzuerkennen. Sie behält sich jedoch vor, die respektive Räumung des Gebietes bis zur Beendigung der Verhandlungen hinauszuschieben, will hingegen bei Befreiung eines österreichischen Regierungskommissars neben dem ungarischen Regierungskommissar in Oedenburg zur Wahrnehmung der österreichischen Interessen zukommen. Gegenüber diesem Vorschlag gibt es für die österreichische Regierung nur eine Antwort: das Festhalten an den Forderungen des österreichischen Anschlusses für Neujahr vom 19. und 27. August, sowie den neuerlichen Appell an die drei Hauptmächte der Entente, die der ungarischen Regierung obliegende vorbezügliche Räumung des Anschließungsgebietes zu erzwingen.

Weiter meldet das Korrespondenz-Bureau: Sonntag nacht hat die ungarische Artillerie einen Schuß auf österreichisches Gebiet bei Oberfinnersdorf abgegeben, jedoch keinen Schaden angerichtet. In Jennersdorf sind 300-400 Freischärler mit sechs Maschinengewehren einmarschiert. In Neumarkt am Graß-Brathmann die Besatzungen anerschuldeter Personen plündern lassen und die Befehle verschleppen. Wie den Blättern aus Hariberg berichtet wird, macht sich in der Gegend von Pinkafeld immer mehr ungarisches Militär bemerkbar. Siegersbach wurde von den Insurgenten besetzt. Die wehrfähigen Bewohner flüchten in großer Zahl über die Grenze nach Steiermark.

Die Nachricht von dem Einbruch ungarischer Banden und regulärer ungarischer Militärs in Niederösterreich beleuchtet die überaus gespannte Lage, die durch die Proklamationen Hortys zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn herrscht. Das Vorgehen Ungarns, das den Friedensvertrag von Trianon durch List und Gewalt zu umgehen versucht, ist ein Beweis für die auf die Spitze getriebene Katastrophenspolitik, die das offizielle Ungarn seit dem Sturze der Räte-Republik betreibt. Der „christlich-nationale“ Kurz kennt nur ein Ziel: die uneingeschränkte Herrschaft der ungarischen Magnaten, die vollkommene Unterdrückung aller oppositionellen Kräfte, die rücksichtslose Anwendung aller Gewaltmittel gegen Sozialisten und Re-

publikaner. Diesem inneren Kurs entspricht die äußere Politik. Auch hier als vornehmstes Ziel: der Brennpunkt der europäischen Reaktion zu sein. In Ungarn gibt sich heute all das ein Stillschweigen, was seit dem großen Kladderadatsch im Herbst 1918 seinen Glanz in der Welt verloren hat. Diesen Zustand, der das heutige offizielle Ungarn der Verachtung der Kulturwelt preisgibt, muß man immer wieder in Rücksicht ziehen, wenn man zu der ungarischen Politik Stellung nehmen will. Es ist die Politik einer Handvoll ehrgeiziger Adliger und Offiziere, eines machtlusternen Klerus, einer korruptierten, durch und durch verdorbenen Bourgeoisie. Die guten Kräfte des Landes, die Arbeiter, Bauern und Teile der Intellektuellen, sind systematisch zu Boden gedrückt. Das erklärt den Haß gegen das „rote“ Oesterreich, das erklärt das Haschen nach Konflikten, um die Dinge in Bewegung zu halten, um zu verhindern, daß das ungarische Volk zur Befreiung kommt und seine Vertreter mit Schimpf und Schande davonjagt.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Entente an dieser Entwicklung schwerste Schuld trägt. Auch der jetzige Konflikt ist nur durch das Jögern der Entente, Ungarn zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu zwingen, ausgebrochen. Das wehrlose Oesterreich muß es dulden, daß ungarische Banden das Land überfallen und so gewissermaßen den Kriegszustand proklamieren. Die Entente beschränkt sich auf Vorstellungen in Budapest, wird dort auf das zuvorkommendste behandelt, ohne daß sich in Wirklichkeit etwas ändert. Umgekehrt hindert die Entente fortwährend das Eingreifen der österreichischen Wehrmacht. Das ist ein schändlicher Zustand, der das deutschösterreichische Land und seine Regierung zu unwürdiger Ohnmacht verurteilt.

Niemand als die Entente hat die Macht, das unbotmäßige Ungarn in seine Schranken zurückzuweisen. Gebraucht die Entente diese Macht nicht, triumphiert die Skrupellosigkeit der ungarischen Machthaber über das wehrlose Oesterreich, dann ist der Glaube an die friedenspendende Tätigkeit der Herrschaften vom Obersten Rat wohl endgültig erledigt. Er ist ohnehin schon mehr als brüchig.

Eine Verordnung, die noch fehlt

Wir erhalten folgende beachtenswerte Zuschrift: Schon häufig hat man die Ränkepolitik zu lächerlich gemacht, wie es die nationalsozialistischen und royalistischen Kreise, soweit sie als aktive Offiziere oder als Offiziere a. D., als Regierungsräte, Staatsanwälte, Beamte, als Pensionäre usw. ist manchmal gar nicht fähig, Einkommen aus dem Staats- oder Gemeindefiskus beziehen, es mit Ehre und Gewissen vereinbaren können, gegen ihren Kostgeber zu gehen, die Staatseinrichtungen und die verfassungsmäßigen Gewalten in der schmutzigsten Weise anzugreifen.

Dieses Rästel ist in der Tat schwer lösbar. Es ist eine Moral mit doppeltem Boden, die gestattet, daß man einerseits an der Staatskasse sich satt isst, andererseits aber Demokratie und Republik nach Strich und Faden herunterreißt.

Kritisch unterhalten sich zwei junge Leute in der Wannseebahn. In der denkbar sorgfältigsten für einen gebildeten Menschen unerträglichen Form, zogen sie über Regierung und Republik her. Und als sie weiterhin sich über ihre Zukunft unterhielten, stellte es sich heraus, daß der eine, seiner Konnexionen sicher, die Anwartschaft auf einen Posten in einem Ministerium, der andere die Absicht hatte, von einer Stelle in einer staatlichen Verfassungsanstalt in die Offizierslaufbahn der Schutzpolizei hinüberzuwechseln!

Man stelle sich diese Moral im privaten Leben vor. Welche dem Arbeiter, welche noch mehr dem Angestellten eines industriellen oder kommerziellen Unternehmens, der in so ungeschämter Weise sich als Feind des ihn beschäftigenden Unternehmens erweist, wie alle diese Leute. Ein Angestellter, der darauf ausgeht, sein Unternehmen zu ruinieren, ist unmöglich! Man verwechselt nicht den Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit entspringt, mit dieser nationalsozialistischen Feindschaft, die die Zerstörung des Betriebes, des Staatsbetriebes, so wie ihn die Verfassung nun aufgebaut hat, an sich bezweckt. Den gewerkschaft-

für unter vollem Einfluß seiner Autorität. Es läßt sich an der vorangehende selbstverständlich nicht anhängen, sondern stellt tags darauf wieder das Heuileiten zur Verfügung, indem es dem interessierten Leser erzählt, daß für die Großnummernverteilung die Karten bereits ausverkauft sind. Denk mal einer an, was das für Lebenswürdigkeit sein muß! Bleibt einem da sonst was übrig, als sich für die nächste Vorstellung schnell Karten zu besorgen?

Die Uraufführung kam. Das „B. T.“ berichtete in der Morgenausgabe des nächsten Tages nun bereits zum drittenmal über diesen Film u. a.: „Der aufstrebende Spannung gekleidete Inhalt läßt nach der Kurde — die psychische Wechselwirkung zwischen Film und Buch ist hier wie in hundert anderen Fällen eklatant. Ueber das Erreichte — die Wirkung auf das Publikum war sehr stark — soll noch näher gesprochen werden.“ „Nu, etwa nicht? Woju hat man denn noch eine Abendausgabe? Und ob da noch näher gesprochen wurde!

Der Film wird sein Geschäft machen, der Woffe-Berlag wird sein Geschäft machen. Und die Leser des „B. T.“ werden alles in Ordnung finden, denn sie gehören einer Gesellschaftslicht an, deren Standpunkt ist: „Es wäre ja noch schöner, wenn jemand in seinem eignen Geschäft seine eigne Ware nicht anpreisen dürfte!“ D. K.

Sprechchor für die proletarischen Feiertänzer. Donnerstag, den 8. September, abends 1/8 Uhr pünktlich, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße zwischen Rosenhainer- und Neue Schönhofstraße, Uebungsstunde. Genossen, Genossinnen und Jugendliche sind als neue Mitglieder willkommen.

Tages-Notizen

Jesek Mann geboren. Während der letzten Aufführung der Verdischen Oper, die in der Staatsoper nach 8 Uhr abends das Opernführer Jesek Mann, eines der herzerregendsten Mitglieder der Oper, plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinen Leben ein Ende gemacht. Die Vorstellung wurde sofort abgebrochen.

Theater. Donnerstag werden noch der durch die Erkrankung Albert Wallermanns verursachten Pause die Aufführungen von „Kean“ in der Provinzenbesetzung wieder aufgenommen. — Das Theater i. d. KdLg. grüßt die Kirche plant u. a. die Aufführung von Sternheims „Manon Lescaut“, Strindbergs „Eletre“ (aus dem Reich), Webers „Götter“, Merzschows „Der Pauls Tod“. Ein Schauspiel des Volkstheater-Künstlerkreises steht in Aussicht.

Vorträge. Graf Friedrich Sprich „Mischen“ für erwachsene Kinder von 15-18 Jahren Donnerstag, 7. Sept., in der „Arbeiter-Kunst-Vereinigung“, Weidenbrunner Str. 10. — Thomas Mann spricht um 10. in der Weidenbrunner Str. 10. — Über Geistes und Taktik. — Die Sturm-Bände werden morgen (Mittwoch), abends 7 1/2 Uhr, Volkstheater Str. 124a, aufgenommen und haben regelmäßig jeden Mittwoch statt. Am ersten Abend trägt Rudolf Wilmann Vorträge von Stramm vor. Weiden spielt eigene Tenorwerke. Die und Fernand treten in experimentellen Tänzen auf.

Abendliche Kulturwoche. Der Rheinische Verkehrs-Verein (Gesellschaftsverein) veranstaltet vom 23. September 1921 bis zum 1. Oktober eine „Abendliche Kulturwoche“. Es werden in der Staatsoper drei Opern gebührend rheinischer Kultur aufgeführt, in der Schauspielhalle eine Lateinische Rheinische Dichtung vorgetragen werden. Gleichzeitig werden in der Nationalgalerie Bilder führender moderner Rheinländer ausgestellt werden. Beispielen wird die Kulturwoche durch ein Rheinlandfest, unter Beteiligung aller Rheinländervereine in Berlin, in den Gesamträumen des Zoologischen Gartens am 1. Oktober.

lichen Kampf wird niemand den vom Staate lebenden Personen, auch den Monarchisten nicht, verüben.

Deshalb sollte man auch in den Staatsbetrieben, von oben nach unten, mit einem eisernen Besen alles auslegen, was sich nicht bedingungslos auf den Boden der Demokratie und der Republik stellt. Der Gedanke, daß Kapp und Genossen, Escherich und Kameraden, die Wörberzentrale mit ihren Akteuren und Spionen zum größten Teil aus Staatsmitteln befristigt werden, ist unerträglich. Wo stehen denn die Royalisten alle? Es ist zu weit, daß dreierlei von ihnen vom Staate unterhalten werden, teils, daß sie irgend eine Stelle bei einer Behörde, beim Heer oder bei der Marine bestreiten, teils, daß sie mehr oder minder erwerbsfähig irgend eine Pension vom Staate beziehen.

Eine Verordnung, die diesen Leuten samt und sonders ihre Bezüge sperrt, wenn sie sich weiterhin als Feinde der Republik erweisen und belästigen, wäre moralisch durchaus gerechtfertigt und obendrein sehr wirksam. Möge sie nicht mehr zu lange warten lassen. Sicherlich würden die Herrschaften ganz häßlich stille werden.

Soziale Baubetriebe

Wie die Unternehmer sie niederkonkurrieren wollen

Vom Bauarbeiterverband wird uns geschrieben:

Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe hat es auf begriffen, um was es bei der von den Verbänden der baugewerblichen Arbeiter und Angestellten eingeleiteten Sozialisierung des Baugewerbes geht. Das beweisen die Richtlinien über Abwehrmaßnahmen gegen die baugewerbliche Sozialisierung, die der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe schon vor längerer Zeit an seine Unterverbände erlassen hat.

In den Richtlinien werden die Unterverbände des Wirtschaftsbundes angewiesen, „alle Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe mit aller Schärfe zu bekämpfen“, und zwar die Produktivgenossenschaften ebenso wie die Wagnerischen Bauhütten und die kommunalen Regiebetriebe. Gegen Gemeinden, die infolge sozialistischer Zusammenlegung ihrer Verteilung Regiebetriebe einrichten, soll Beschwerde geführt werden „wegen nutzloser Vergeudung öffentlicher von der Gesamtheit aufgebracht Mittel“. Um diesem Vorgehen Nachdruck zu verleihen, wird das gesamte Handwerk zum Zusammengehen sowie zur Veranstaltung von Demonstrationen und Protestversammlungen aufgefordert. Um die Front der Unternehmer zu verstärken, wird empfohlen, im Kampf gegen die Sozialisierung Interessengemeinschaften einzugehen mit den Unternehmern der Baubaugewerbe und den Baustoffhändlern, die von den Sozialisierungsbestrebungen in gleicher Weise in ihrem Bestande bedroht seien wie die eigentlichen Bauunternehmer. Ganz besonders interessant ist folgender Satz in den Richtlinien:

„Als weiteres Moment zur Bekämpfung der Produktivgenossenschaften hat der Verwaltungsausschuß beschlossen, den einzelnen Unternehmern zu empfehlen, zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit die Unkosten und den Unternehmergewinn auf ein Minimum zu beschränken.“

Dieser Satz gibt Aufschluß darüber, wie es kommt, daß in letzter Zeit das private Unternehmertum in Orten, wo die sozialen Baubetriebe bestehen, vielfach so niedrige Angebote machten, daß teils wolle selbst die sozialen Baubetriebe nicht mehr mitkonkurrieren können. Es sind Kampfsprüche, die die Unternehmer ansetzen, darauf berechnet, die sozialen Baubetriebe niederkonkurrieren, um selbst wieder die Ausbeutungsfreiheit zu bekommen. Interessant ist ferner, daß jetzt, nachdem die sozialen Baubetriebe die Einführung neuer rationaler Arbeitsmethoden in Angriff genommen haben, auch der Wirtschaftsbund für das Baugewerbe das private Unternehmertum zur Einführung rationaler Arbeitsmethoden auffordert, um seine Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Es bewahren sich auch hier die sozialen Baubetriebe als vorwärtstreibende Kraft. Das gleiche ist der Fall auf dem Gebiete des Einkaufs und der Kreditbeschaffung. Nachdem hier die sozialen Baubetriebe bahnbrechend vorgegangen sind, fordert auch der Wirtschaftsbund für das Baugewerbe seine Mitglieder zur Gründung von Einkaufs- und Lieferungs-genossenschaften sowie zur Benutzung von Kreditgenossenschaften auf.

Für die Bauarbeiter aller Art sehr beachtenswert ist die Aufforderung des Wirtschaftsbundes an seine Mitglieder, durch die Einführung der verschiedenen Affordsysteme (Gruppenafford, Affordprämienplan, Zeitlohnprämienplan usw.) in ihren Betrieben die Selbstsucht der Arbeiter zu wecken und mit Hilfe der Arbeiter selbst die sozialen Baubetriebe niederkonkurrieren. Die Bauarbeiter werden peinlich darauf achten müssen, daß sich nicht selbstschädigende Elemente unter ihnen zu solchem Tüdsdienst hergeben.

Alles in allem sind die Richtlinien des Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe ein neuer klassischer Beweis dafür, wie notwendig die Gründung sozialer Baubetriebe war und wie segensreich diese Betriebe in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon gewirkt haben.

Aus dem schwarzen Reich des Kultusministers Becker

Am 10. August 1921 ist von dem Kultusminister Becker infolge eines Berichtes des reaktionären Landrats Dr. Becker, Bruder des Ministers, die proletarische Arbeitsschule Barzenthof, die von Heinrich Bogeler und seinen Freunden begründet war, und im Begriff stand, sich zu einer eigenartigen Arbeitsschule zu entwickeln, das Recht als staatlich genehmigte Berufsschule ab erkannt worden. Ehemalige Arbeitsschulen, schwärzeste Konfessionschulen können sich des größten Interesses und der intensiven Unterstützung des Staates erfreuen, aber jeder Versuch, für die Kinder des Proletariats eine Schule nach modernen Gesichtspunkten einzurichten, wird erbarmungslos von diesem Kultusminister unterdrückt.

Für Weltfrieden — gegen Hungersnot

In London wird in den Tagen vom 11.-14. Oktober eine außerordentlich bedeutungsvolle Konferenz tagen, die von der englischen Friedensgesellschaft und der Vereinigung zur Bekämpfung der Hungersnot und für wirtschaftlichen Wiederaufbau einberufen wird und an der hervorragende Gelehrte, Schriftsteller und Politiker teilnehmen werden. Die Tagesordnung steht u. a. folgende Probleme vor, die behandelt werden sollen: Nationalismus, seine Absichten und Gefahren; die Weltdepression und die Arbeitslosigkeit; die Abrüstung; das Reparationsproblem und die Hungersnot in Rußland.

Im Anschluß an die Konferenz wird eine öffentliche Versammlung am 13. Oktober in der Westminster Hall stattfinden.

Zähne 4 u. 7 Mlk. mit Friedenskaufschul
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Befodung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen u. 30 Mlk. am Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Inkluspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1

